

DGAPbericht

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Nº 11



Markus Lux und Gereon Schuch (Hrsg.)

Das Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg der Robert Bosch Stiftung



DGAP

Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die **Robert Bosch Stiftung** ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Ihr gehören 92 Prozent des Stammkapitals der Robert Bosch GmbH. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861–1942) fort.

Die Stiftung konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die Bereiche Wissenschaft, Gesundheit, Völkerverständigung, Bildung, Gesellschaft und Kultur. Sie betreibt in Stuttgart das Robert-Bosch-Krankenhaus, das Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für klinische Pharmakologie und das Institut für Geschichte der Medizin.

Von 1964 bis 2007 gab die Stiftung rund 840 Millionen Euro für die Förderung aus. Im Jahr 2007 wurden rund 59 Millionen Euro bewilligt.

Die **Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)** ist das nationale Netzwerk für deutsche Außenpolitik. Als privater, unabhängiger, überparteilicher und gemeinnütziger Verein begleitet die DGAP aktiv und auf allen Ebenen die außenpolitische Meinungsbildung in Deutschland und leistet Politikberatung. Mehr als 1800 Mitglieder sowie über 80 Unternehmen und Stiftungen unterstützen die DGAP.

Zur DGAP gehören: das Forschungsinstitut, die Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK und die Bibliothek und Dokumentationsstelle.

Das Forschungsinstitut arbeitet als Think-Tank an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Es ist interdisziplinär und dienstleistungsorientiert ausgerichtet und beschäftigt sich mit verschiedenen Aspekten deutscher und europäischer Politik. Mehr als 20 Wissenschaftler sind in insgesamt zehn Programmen tätig.

Seit 2007 besteht an der DGAP das »**Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung**«. Im Sinne des Stifterauftrags der Völkerverständigung veranstaltet das Zentrum Diskussionen, Seminare und Projekte zu aktuellen politischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Mehrere Programme der Robert Bosch Stiftung zur Förderung und Vernetzung zukünftiger Entscheidungsträger und Nachwuchswissenschaftler aus Mitteleuropa, Osteuropa und Deutschland werden durch das Zentrum betreut.

Das »Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung« generiert als »Denkfabrik« und inhaltlicher Impulsgeber neue Ideen und neue Konzepte und verfügt über das institutionelle Know-how zur Umsetzung innovativer Projektmodelle. Für Politik und Medien bieten die am Zentrum tätigen Wissenschaftler Informationsgespräche und Hintergrundanalysen.

Markus Lux und Gereon Schuch (Hrsg.)

Redaktion: Julia Pötter

Das Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg der Robert Bosch Stiftung

Berlin 2008

Das Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg der Robert Bosch Stiftung

Inhalt

Grußwort	3
----------------	---

von Dr. Ingrid Hamm, Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung

Ansprache anlässlich des Festaktes zur Namensgebung des Carl Friedrich Goerdeler-Kollegs am 24. Mai 2007	5
---	---

von Dr. Marianne Meyer-Krahmer

Das Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg – ein Stipendienprogramm für Nachwuchsführungskräfte aus Mitteleuropa	11
--	----

*von Markus Lux, M. A., Projektleiter, Robert Bosch Stiftung, und
Dr. Gereon Schuch, Leiter des Zentrums für Mittel- und Osteuropa
der Robert Bosch Stiftung der DGAP*

Carl Friedrich Goerdeler und Robert Bosch	15
---	----

von Dr. Sabine Gillmann, Historikerin

Moralischer Zustand	29
---------------------------	----

Maschinenschriftliche Denkschrift von Carl Friedrich Goerdeler

Grußwort

von Dr. Ingrid Hamm, Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung

In seinem berühmten Vortrag »Politik als Beruf« schrieb Max Weber 1919:

*»Man kann sagen, dass drei Qualitäten vornehmlich entscheidend sind für den Politiker:
Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß.«*

Diese Charakterisierung trifft auf Carl Friedrich Goerdeler zu, wie auf wenige andere. Es ist uns daher eine große Ehre, dass unser Stipendienprogramm für Nachwuchsführungskräfte aus Mittel- und Osteuropa seit Mai 2007 einen neuen Namen trägt: Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg.

Aus meiner Sicht ist das Verantwortungsgefühl, das sich im Denken und Handeln Goerdelers zeigte, noch heute tief beeindruckend. Helmut Schmidt sagte vor einiger Zeit in Tübingen, dass für ihn »das eigene Gewissen die oberste Instanz« bleibt, gegenüber der man verantwortlich ist. In dem Handeln Carl Friedrich Goerdelers und seiner Mitstreiter ging es um diese Fragen des Gewissens, um Reflektion, und um den Sinn des Widerstandes gegen das Böse und den Sinn dessen, was danach für das Zusammenleben der Menschen kommen sollte.

Dieses Handeln muss auch heute noch Vorbild für uns und für die sein, die politisch Verantwortung tragen. Dies war der Grund, weshalb unser Stipendienprogramm für Verwaltungskräfte aus Mitteleuropa nach Carl Friedrich Goerdeler benannt wurde.

Dafür sprechen noch weitere Gründe, vor allem die enge Beziehung zwischen Robert Bosch und Carl Friedrich Goerdeler: Auf den ersten Blick scheint es wenige Gemeinsamkeiten zwischen dem preußischen Beamten Carl Friedrich Goerdeler und dem schwäbischen Unternehmer Robert Bosch zu geben. Doch war es die Firma Bosch, die Goerdeler in den Jahren zwischen 1937 und 1945 Unterstützung für Widerstandstätigkeit während des Zweiten Weltkriegs bot – übrigens in engem Kontakt zu Theodor Heuss. Bosch, Heuss und Goerdeler sind trotz aller persönlichen Unterschiede eine Verbindung eingegangen, die über die Ablehnung des Nationalsozialismus hinausging. Sie hatten gemeinsame Grundüberzeugungen, die auch ihr Rechts- und Gerechtigkeitsempfinden entscheidend prägten.

Carl Friedrich Goerdeler übernahm in einer der extremsten Situationen, in denen sich Deutschland je befunden hatte, Verantwortung. Er trat nicht nur 1936 von seinem Amt als Leipziger Oberbürgermeister aus Protest gegen Handlungen der örtlichen Nationalsozialisten zurück, sondern verfasste als einer der Mitbegründer



Ingrid Hamm

des zivilen Verschwörerkreises um den 20. Juli Denkschriften zu verfassungspolitischen Neuordnungen sowie Pläne für eine Europäische Union.

Und Carl Friedrich Goerdeler war schließlich ein Verwaltungsbeamter: Man kann sagen, dass er ein Kommunalpolitiker mit Leib und Seele war. Nach Anfängen in der Solinger Stadtverwaltung und als Zweiter Bürgermeister in Königsberg wurde er 1930 zum Leipziger Oberbürgermeister gewählt. Und obwohl die Kommunalpolitik immer eine Herzensangelegenheit für ihn darstellte, war er auch zu größeren Aufgaben bereit: Die Widerstandsgruppe des 20. Juli sah ihn in einer Umsturzregierung für das Amt des Reichskanzlers vor.

Die Verbundenheit zu Robert Bosch, die Bereitschaft zur Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung, und die aktive Gestaltung des öffentlichen Sektors zeichnen auch die Stipendiaten des Carl Friedrich Goerdeler-Kollegs aus.

Im Jahr 2001 wurde das Stipendienprogramm für Nachwuchsführungskräfte aus Mittel- und Osteuropa ins Leben gerufen. Es fördert zukünftige Führungskräfte aus Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei und ab 2008 auch Rumänien und Bulgarien, die als mitarbeitende Kollegen die Arbeit in der deutschen öffentlichen Verwaltung kennen lernen und anschließend in ihren Ländern gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen wollen. Den Absolventen kommt die Aufgabe zu, die europäischen Standards in ihren Ländern weiter umzusetzen, am Aufbau neuer Institutionen mitzuwirken und die Integration zu vertiefen. Sie tragen große Verantwortung, gleich ob es um die Vergabe von EU-Fördermitteln, die Bekämpfung der Korruption, den Aufbau grenzüberschreitender Kontakte oder die Reform der Verwaltung geht. Ihre Arbeit trägt zum Vertrauen der Bürger in ihren Staat und die Demokratie bei und ist zugleich ein Beitrag zur Völkerverständigung.

Die Benennung unseres Programms nach Carl Friedrich Goerdeler ist für die Stiftung wie für die Stipendiaten eine Auszeichnung und Ehre, und trägt hoffentlich auch dazu bei, den Namenspatron in weiteren Kreisen unserer nachwachsenden Führungskräfte in seiner historischen Bedeutung bekannt zu machen.

Ansprache anlässlich des Festaktes zur Namensgebung des Carl Friedrich Goerdeler-Kollegs am 24. Mai 2007

von Dr. Marianne Meyer-Krahmer

Verehrte, liebe Anwesende,

dieses Fest gehört vor allem Ihnen, liebe Stipendiaten, aber Sie werden verstehen, wenn ich zunächst meine Freude und meinen Dank gegenüber der Robert Bosch Stiftung ausdrücke. So begrüße ich zur Feier anlässlich der Namensgebung des Carl Friedrich Goerdeler-Kollegs noch einmal besonders herzlich Herrn Dr. Gutberlet, Herrn Prof. Dr. Rogall und Frau Dr. Hamm. Sie haben diesem Tag nicht nur einen festlichen Rahmen gegeben, Sie bereichern ihn auch durch Ihre Anwesenheit. Dies freut mich als Tochter Carl Friedrich Goerdelers ganz besonders. Dabei ist mir bewusst, dass die Robert Bosch Stiftung bei der Namensgebung des Stipendienprogramms für Nachwuchsführungskräfte aus Mittel- und Osteuropa keineswegs nur an die persönlichen Beziehungen zwischen Robert Bosch und meinem Vater gedacht hat – so wichtig sie auch waren –, und dass es sicherlich auch nicht nur ehrendes Erinnern ist, das mit dem Namen meines Vaters verbunden wird: letztlich übergibt die Stiftung mit der Namensgebung Ihnen, den Stipendiaten, so etwas wie ein politisches Vermächtnis. Über dieses will ich im Folgenden sprechen.

Mein Vater wurde 1884 im westpreußischen Schneidemühl (heute: Piła) geboren. Er wurde Jurist, war als Offizier im Ersten Weltkrieg und wurde dann, mit 35 Jahren, Bürgermeister von Königsberg, dem heutigen Kaliningrad. 1930, er war 46 Jahre alt, wurde er zum Oberbürgermeister von Leipzig gewählt. Für ihn war es in dieser Position selbstverständlich, seine Entscheidungen nach Beratungen mit einem demokratisch gewählten Stadtrat zu treffen, und nicht den Wünschen nur einer Partei Folge zu leisten. Mein Vater war ein leidenschaftlicher Vertreter der Selbstverwaltung; dabei betonte er immer wieder, dass Verwaltung Sachverstand, aber auch Bürgernähe brauche, dass Bürger also an den wesentlichen Entscheidungen ihres Gemeinwesens beteiligt werden sollten.

Wie bekannt, kamen die Nationalsozialisten 1933 an die Macht und wurden bald zur einzig erlaubten Partei in Deutschland. Sie werden sich vorstellen können, dass mein Vater angesichts seiner Grundeinstellungen sehr bald mit dem Regime in Konflikt geriet, da er die Vorherrschaft dieser radikalen Partei nicht hinnehmen wollte.



Marianne Meyer-Krahmer

Andererseits hoffte er noch bis 1935, auf die Führung der NSDAP mäßigen Einfluss nehmen zu können, zumal Hitler ihn 1934 zum Reichskommissar zur Überwachung der Preise ernannte, ein Amt, das er bereits unter Reichskanzler Heinrich Brüning in der Zeit der Weltwirtschaftskrise innegehabt hatte. Gerade in diesem Amt lernte er nun die unumstößlichen Absichten Hitlers kennen, der die Rüstungsindustrie vorantrieb, um Deutschland wieder zur führenden Großmacht zu machen. Vor einem Krieg, dies wurde meinem Vater schnell deutlich, scheute Hitler nicht zurück. Besonders erschreckend war für ihn, dass es kein Krieg zwischen Nationen, sondern ein Krieg zwischen angeblich »höherwertigen« und vermeintlich »minderwertigen« Rassen zu werden drohte. Deutsche und Engländer gehörten für Hitler der »höherwertigen« germanischen Rasse mit einem naturgegebenen Führungsanspruch an. Die Minderwertigen sollten besiegt und beherrscht werden, so die Juden, die Slawen und die Farbigen. Einen solchen Krieg zu führen, war für Goerdeler ein Verbrechen, und die Herrschaft des verbrecherischen Hitlerregimes eine Gefahr für die ganze Menschheit.

Bereits 1935 ließ Hitler meinen Vater wissen, dass er auf seinen Rat keinen Wert mehr lege. Im Dezember 1936 trat mein Vater von seinem Amt als Leipziger Oberbürgermeister zurück; er protestierte damit gegen eine Nacht- und Nebelaktion, in der die Nazis ein Leipziger Denkmal für den Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdy entfernen ließen. Für die Nationalsozialisten war dieser Komponist ein Jude, der als solcher kein Denkmal verdiene. Für meinen Vater war diese Aktion eine Kulturschande.

Als nun entschiedener Gegner der Nationalsozialisten setzte sich Carl Friedrich Goerdeler vor allem für eine Verhinderung des von Hitler beabsichtigten Krieges ein. Wie einige andere Gegner des Regimes reiste er nach England und Frankreich, später in die USA und nach Kanada und warnte dort vor der Gefahr, die von Adolf Hitler ausging. Es war in der damaligen Zeit ungewöhnlich für einen konservativen Politiker, vor der Regierung des eigenen Landes zu warnen. So hielt ihm auch der damalige Gouverneur der Bank of England, Sir Montagu Norman, kritisch entgegen: »It's not gentleman-like, speaking like this about your own government.« Aber das Ausland unterschätzte Hitler, kam ihm noch auf der Münchener Konferenz im September 1938 erneut entgegen und zwang die Tschechoslowakei, das Sudetenland an Deutschland abzutreten. Schließlich begann Hitler am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen den mörderischen Zweiten Weltkrieg.

Ich denke, dass für Sie als junge Mittel- und Osteuropäer ein Dokument Carl Friedrich Goerdelers aus dem ersten Jahr dieses Krieges von besonderer Bedeutung ist. Es handelt sich um eine Denkschrift vom Juli 1940 – zu diesem Zeitpunkt

hielt die deutsche Armee bereits Polen, Frankreich, Belgien und die Niederlande besetzt –, die den Titel »Moralischer Zustand« trägt. Darin richtet sich Carl Friedrich Goerdeler vor allem an die militärische Führung des Deutschen Reiches. Er nennt ihre »großen Erfolge« und stellt sie gleichzeitig vor eine kritische Frage: Was bedeuten schon Eure militärischen Erfolge angesichts der unmenschlichen Behandlung der besiegten Völker? Ich zitiere: »Die Pläne gewaltsamer Umsiedlungen in Polen, Norwegen, Elsaß-Lothringen und Nordfrankreich sind bekannt. Das Vorhaben, im mageren industriellosen Ostpolen eine Bevölkerungsdichte zu schaffen, die der Belgiens entspricht, was also langsamen Hungertod bedeutet, die Polen durch (...) eine primitive Schulbildung (...) herabzudrücken, ist das teuflischste, das bisher in der Menschheitsgeschichte planmäßig ersonnen ist.«

Wie Sie alle wissen, fand dieser furchtbare Krieg im Mai des Jahres 1945 ein Ende, und wie mein Vater vorausgesagt hatte, endete der Krieg auch für Deutschland in einer Katastrophe. Millionen Flüchtlinge zogen 1945 im eiskalten Winter von Ostpreußen und Schlesien gen Westen.

Doch es war eben keineswegs nur die Wahrnehmung der drohenden Niederlage gewesen, die meinen Vater und andere Regimegegner zuvor zum Versuch einer Beendigung des Nazisystems getrieben hatte. Sie waren verzweifelt über die Verbrechen, die im Namen ihres eigenen Volkes an anderen Völkern und den Juden



Dr. Marianne Meyer-Krahmer mit Stipendiatinnen des Carl Friedrich Goerdeler-Kollegs

begangen wurden. So heißt es auch bei meinem Vater am Schluss eines Briefes:
»Wir müssen noch für übergroße Gnade danken, wenn uns je verziehen wird.«

Vielleicht wissen Sie von der Tatsache, dass am 20. Juli 1944 durch das Attentat von Claus Schenk Graf von Stauffenberg ein letzter Versuch gewagt wurde, die Herrschaft des Bösen zu beenden. Der Versuch schlug fehl, und Hitler nahm grausam Rache. So wurde auch mein Vater – und mit ihm seine gesamte Familie – verhaftet, mein Vater kam in quälende Einzelhaft. Am 2. Februar 1945 wurde er hingerichtet. Noch in den sechs Monaten seiner Haft beschäftigte sich Carl Friedrich Goerdeler mit der Zukunft des von den Nationalsozialisten geschundenen Kontinents, mit Ideen für ein friedliches Zusammenleben der Völker Europas, die nun Teil seines politischen Vermächtnisses sind.

Und nun darf ich mich Ihnen, liebe Kollegiaten, noch einmal ganz persönlich zuwenden. Ich hoffe, Sie können einen Beitrag dazu leisten, die politische Zukunft Ihrer Heimatländer im Sinne Carl Friedrich Goerdelers zu gestalten. Und ich möchte Ihnen, aus den Erfahrungen meines langen Lebens heraus, Mut zum Gestalten machen. Wieviel der Einzelne verändern kann, wurde mir 1990 – fast ein halbes Jahrhundert nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes – bei einer Feier anlässlich des Falls der Berliner Mauer und der Deutschen Wiedervereinigung bewusst. Der wichtigste Gast dieser Feierlichkeiten, zu denen mich die Stadt Leipzig eingeladen hatte, war der polnische Botschafter Janusz Reiter; ihm und Polen galt



Dr. Marianne Meyer-Krahmer im Gespräch mit Dr. Ingrid Hamm und Prof. Dr. Joachim Rogall

der Dank für den Beitrag zur Befreiung aus der Einparteienherrschaft der DDR. Ohne Lech Wałęsa, ohne die polnische Streikbewegung, ohne die Hilfe der Ungarn wären die Menschen der ehemaligen DDR nicht zu ihrer Freiheit gelangt.

Viele von Ihnen, liebe Stipendiaten, werden nach erfolgreichem Abschluss des Carl Friedrich Goerdeler-Kollegs nun in Ihre Heimat zurückkehren und Ihre Arbeit in der Verwaltung vor Ort wiederaufnehmen. In meinem langen Berufsleben habe ich die wichtigen Aufgaben, aber auch die Fallstricke der Verwaltung kennen gelernt. Sinn der Verwaltung ist es, verschiedenen Individuen durch die Anwendung derselben Gesetze und Vorschriften ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. In der Praxis werden Sie aber immer wieder Menschen gegenüberstehen, die sich nicht ganz einfach in die vorgegebenen Verwaltungsschemata eingliedern lassen. Ich wünsche Ihnen allen viel Einfühlungsvermögen, Phantasie und Mut, dass Sie Wege entdecken, den Bedürfnissen der einzelnen Menschen gerecht zu werden. In dem Wort »Verwaltung« steckt im Deutschen auch das Wort »Gewalt«. Man sollte also immer wieder darüber nachdenken, ob man mit Verwaltung nicht letztlich auch Gewalt ausübt; eine Gewalt, die Gefahr läuft, den Anderen klein zu machen, damit man sich selbst groß fühlen kann. So wünsche ich Ihnen persönlich alles Gute und dass Sie Gutes bewirken können.

Das Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg – ein Stipendienprogramm für Nachwuchsführungskräfte aus Mitteleuropa

*von Markus Lux, M. A., Projektleiter, Robert Bosch Stiftung, und Dr. Gereon Schuch,
Leiter des Zentrums für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung der DGAP*

Europa befindet sich in einem fortlaufenden Einigungsprozess. Der Beitritt von zehn Staaten zur Europäischen Union im Mai 2004 und zwei weiteren im Januar 2008 bedeutet für den öffentlichen Sektor in den neuen, aber auch in den alten Mitgliedsstaaten große Herausforderungen. Die Robert Bosch Stiftung greift mit dem Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg exemplarisch die Herausforderungen des Transformationsprozesses in den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf und will einen Beitrag zur Bewältigung dieser Aufgaben und gleichzeitig zur Verständigung Deutschlands mit seinen Nachbarn in Mitteleuropa leisten.

Hauptziel des Programms ist die Vermittlung von qualifizierter beruflicher und intensiver kultureller Erfahrung im öffentlichen Sektor Deutschlands und der EU, insbesondere in der deutschen Verwaltung an Nachwuchskräfte, die eine berufliche Führungsposition in ihren Ländern anstreben und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen wollen. Es wurde 2001 erstmalig für die Länder Polen und Tschechien ausgeschrieben und seitdem um die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien erweitert.

Zu den Teilnahmevoraussetzungen gehören neben der jeweiligen Staatsbürgerschaft ein herausragender Hochschulabschluss und eine mindestens einjährige Berufserfahrung im öffentlichen Sektor (Verwaltungen, öffentliche Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen etc.) ebenso wie gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein, Motivation, Durchsetzungsvermögen und Führungseigenschaften. Für eine aktive Mitarbeit in deutschen Institutionen sind natürlich sehr gute deutsche Sprachkenntnisse unerlässlich, deren Erweiterung vor und während des Stipendiums gefördert wird. Jährlich stehen bis zu 25 Stipendien zur Verfügung.

Die Stipendiaten lernen im Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg während des Programmjahres (September – Mai) intensiv den öffentlichen Sektor in Deutschland kennen und machen sich mit europäischen Vorschriften vertraut, indem sie in der Regel zwei bis zu viermonatige Stagen in deutschen Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden, europäischen Institutionen oder auch Einrichtungen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft absolvieren und dort als besuchende Kollegen



Markus Lux



Gereon Schuch

mitarbeiten. Diese Arbeitsaufenthalte werden maßgeblich nach den Vorstellungen und Erwartungen der Stipendiaten konzipiert und umgesetzt. Der Aufenthalt wird durch intensive Seminarphasen ergänzt: So erhalten die Teilnehmer am Anfang in Stuttgart und Berlin eine ausführliche Einführung in Staat und Gesellschaft Deutschlands, werden im Januar in einem Seminar zu Führungsfertigkeiten fortgebildet und erleben im März/April in Brüssel die Institutionen und Akteure der Europäischen Union. Vorbereitungs-, Bilanz- und Zwischentreffen runden das Seminarangebot ab. Dabei kommen die Kollegiaten regelmäßig untereinander und mit Teilnehmern anderer Stipendienprogramme der Stiftung zusammen. Diese Verknüpfung mit anderen Programmen zur Förderung des internationalen Nachwuchses ermöglicht ein breites Netz an Kontakten. Die Goerdeler-Kollegiaten sind außerdem »Botschafter« ihrer Länder, die auch den deutschen Partnern Informationen über ihre Heimatverwaltungen und Heimatländer vermitteln.

Die Durchführung eines solchen Programms wäre ohne die Mitwirkung kompetenter Partnerinstitutionen nicht möglich. Wichtigster Partner des Goerdeler-Kollegs ist seit Jahren die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Seit 2007 besteht an der DGAP zudem das Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung. Im Sinne des Stifterauftrags der Völkerverständigung veranstaltet das Zentrum Diskussionen, Seminare sowie Experten- und Hintergrundgespräche zu aktuellen politischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Mehrere Programme der Robert Bosch Stiftung werden durch das Zentrum betreut. Dazu zählt auch die Vorbereitung und Durchführung der Seminare des Carl Friedrich Goerdeler-Kollegs in Berlin, Stuttgart und Brüssel. Darüber hinaus arbeitet die Stiftung bei der Programmausschreibung, Stipendiatenbetreuung und Koordination der Stagen des Goerdeler-Kollegs eng mit der DGAP zusammen.

Seit 2001 haben 165 Stipendiaten das Stipendienprogramm durchlaufen und sind größtenteils wieder in Einrichtungen des öffentlichen Sektors zurückgekehrt, einige davon in EU-Institutionen in Brüssel. Viele von ihnen nutzen die Kontakte zu den deutschen Kollegen und anderen ehemaligen Stipendiaten und greifen so auf ein funktionierendes Netzwerk zurück. Der im Jahr 2002 gegründete Ehemaligen-Verein SKARB organisiert mit Unterstützung der Stiftung ein- bis zweimal jährlich Seminare und Treffen für die Alumni und interessierte Außenstehende. Diese regelmäßigen Zusammenkünfte festigen die Kontakte zwischen den Ehemaligen und dienen der Weiterentwicklung des Programms, erhält doch das Programm stets entscheidende Impulse durch die aktive Mitarbeit der Stipendiaten und Alumni selbst. Ebenso sind die Ehemaligen aufgefordert, ihr in Deutschland erworbenes Wissen und die in den Heimatinstitutionen gemachten Erfahrungen weiterzugeben. Dass dies über die Grenzen der Zielländer hinaus möglich ist,

belegte eindrucksvoll ein Weiterbildungsprogramm für Verwaltungskräfte aus der Westukraine, die von Alumni des Goerdeler-Kollegs während ihrer Stagen-Aufenthalte in Polen, Ungarn und der Slowakei betreut wurden. Auch nutzen die deutschen Gastinstitutionen immer stärker die Kontakte zu den zurückgekehrten Kollegiaten in der Zusammenarbeit mit den mitteleuropäischen Behörden und Einrichtungen des öffentlichen Sektors.

Die Erfahrungen der Teilnehmer und die Ergebnisse der zahlreichen Evaluierungen führen zu einer steten Weiterentwicklung des Programms. So wurde der Kollegcharakter des Programms durch optimierte Fortbildungen und Seminare gestärkt. Parallel zur geographischen Ausdehnung auf neue Zielländer fand eine Erweiterung der Zielgruppe statt, die mittlerweile weit über die reine Verwaltung hinausgeht und auch gesellschaftlich relevante Institutionen wie Nichtregierungsorganisationen, öffentliche Unternehmen und Bildungseinrichtungen umfasst. Zudem wurde die Kooperation mit der DGAP intensiviert, um zur Förderung und Vernetzung zukünftiger Entscheidungsträger und Nachwuchswissenschaftler aus Mitteleuropa, Osteuropa und Deutschland beizutragen. Für die Zukunft wird ein Schwerpunkt auf die berufliche Herkunft und die Aufgabengebiete der Kollegiaten gelegt. So ist die Verbindung des Stagen-Aufenthalts mit konkreten Projekten der Teilnehmer in ihren Herkunftsinstitutionen ebenso denkbar wie eine jährlich wechselnde Thematik, unter der das Goerdeler-Kolleg ausgeschrieben wird.



Stipendiaten des Carl Friedrich Goerdeler-Kollegs

Nach außen hin sichtbarstes Zeichen der Veränderung war die Umbenennung in »Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg« im Mai 2007. Die Namensgebung dient dem Andenken an den exzellenten Verwaltungsfachmann und Oberbürgermeister von Leipzig, Carl Friedrich Goerdeler, der von 1937 bis zu seiner Hinrichtung als einer der maßgeblichen Köpfe des »20. Juli« im Jahr 1944 für die Firma Bosch arbeitete. Robert Bosch, Theodor Heuss und Carl Friedrich Goerdeler verbanden gemeinsame Grundüberzeugungen, die ihr Rechtsempfinden prägten und ihre Zivilcourage herausforderten. Die Bereitschaft zur Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung und die aktive Gestaltung des öffentlichen Raums im internationalen Kontext zeichnen auch die Teilnehmer des Programms aus. So ist der Name Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg nicht nur an die zukünftigen Jahrgänge gerichtet, sondern auch ausdrücklich als Auszeichnung für Aktivitäten der Ehemaligen gedacht.



Prof. Dr. Joachim Rogall und Dr. Heiner Gutberlet (von links) bei der Überreichung der Urkunden an die Stipendiaten

Carl Friedrich Goerdeler und Robert Bosch

von Dr. Sabine Gillmann, Historikerin

In der Zeit nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ging der später als »Motor des Widerstands«¹ bezeichnete Kommunal- und Reichspolitiker Carl Friedrich Goerdeler eine Verbindung ein, die im Nachhinein erstaunlich scheinen mag: Er arbeitete für die Firma Robert Bosch und nutzte diese Anstellung zum Ausbau seiner Verbindungen mit dem Ausland. Erstaunlich ist diese Verbindung deshalb, weil die beiden Männer zunächst nichts zu verbinden schien. Schon ein flüchtiger Blick auf Fotos aus den 1930er Jahren zeigt zwei sehr unterschiedliche Charaktere: Auf der einen Seite sieht man den über 70-jährigen Bosch, mit Vollbart, in legerer Pose stehend; ein süddeutscher, demokratischer Unternehmer, der in der sozialliberalen Tradition Friedrich Naumanns stand. Auf der anderen Seite ist der knapp 50-jährige Goerdeler zu sehen, glattrasiert, in einer typischen Passbild-Pose; ein preußischer Beamter und Verwaltungsjurist aus dem deutschnationalen Lager.



Sabine Gillmann



Robert Bosch und Carl Friedrich Goerdeler

¹ Die Bezeichnung Goerdelers als »Haupt und Motor« der zivilen Verschwörergruppe stammt aus dem Urteil des Volksgerichtshofs über Goerdeler vom 8.9.1944 und wurde später in der wissenschaftlichen Forschung übernommen. Vgl. das Urteil des Volksgerichtshofs vom 8.9.1944; abgedruckt bei Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt*, 2 Bde., Sonderausg. Stuttgart 1989, S. 533 ff. Vgl. auch Ger van Roon, *Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick*, 6., überarbeitete Auflage München 1994, S. 132.

Auf den ersten Blick gab es keine Gemeinsamkeiten zwischen Carl Goerdeler und Robert Bosch. Dennoch war es die Firma Bosch, die Goerdeler in den Jahren zwischen 1937 und 1945 finanziert und ihm seine Widerstandstätigkeit während des Zweiten Weltkriegs ermöglicht hat. Trotz der über 20 Jahre Altersunterschied, trotz der unterschiedlichen geographischen und sozialen Herkunft, trotz der unterschiedlichen politischen Überzeugungen, sind Bosch und Goerdeler eine Verbindung eingegangen, die im Folgenden näher betrachtet werden soll vor dem Hintergrund der Biographie Carl Goerdelers. Dazu sehen wir uns die wichtigsten drei Zäsuren dieses Zeitraums an: Das Ende des Ersten Weltkriegs 1918/19, die nationalsozialistische Machtübernahme 1933 und der Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem deutschen Überfall auf Polen 1939. Wo sind Goerdeler und Bosch in diese historischen Zusammenhänge einzuordnen, welche Ansichten vertraten sie zu diesen Zeitpunkten, und wie standen sie den Ereignissen gegenüber? Mit der Suche nach Antworten auf diese Fragen soll letztendlich der Frage nachgegangen werden, wo die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Männern lagen. Was veranlasste sie dazu, eine Verbindung einzugehen, die uns zunächst so unwahrscheinlich erscheint?

Das Ende des Ersten Weltkriegs

Am Ende des Ersten Weltkriegs, bevor der Versailler Vertrag unterzeichnet wurde, war Robert Bosch bereits 58 Jahre alt, und seine »Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik« war der führende Großbetrieb der deutschen Elektroindustrie geworden: über 7000 Arbeiter und Angestellte waren bei ihm beschäftigt. Bosch war ein typischer patriarchalischer Unternehmer, der sich seinen Arbeitern sozial verpflichtet fühlte, im Gegenzug jedoch auch Leistung und Gehorsam von ihnen verlangte. Seine soziale Betriebspolitik, quasi als Alternative zum sozialistischen Klassenkampf, beinhaltete Akkord- und Überstundenlöhne, den 8-Stunden-Tag seit 1906, außerdem soziale Absicherung und berufspädagogische Ausbildungsangebote für seine Arbeiter. Er war interessiert am Sozialismus – der gemäßigten Variante der Mehrheitssozialdemokratie –, er war linksliberal und ein überzeugter Demokrat. Er hatte auch keinerlei Sympathien für Kaiser Wilhelm II. gehabt, betrachtete den Weltkrieg als Unglück und nutzte einen Großteil seiner Kriegsgewinne zur Finanzierung des Neckarkanals und gemeinnütziger Stiftungen. Bosch war zwar national eingestellt, aber gemäßigt durch seine Unterstützung des 1920 gegründeten Völkerbunds. Als Anhänger der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei verteidigte er die Weimarer Republik gegen Angriffe von rechts, förderte die deutsch-französische Zusammenarbeit und hoffte auf eine Europäische Gemeinschaft. Bosch engagierte sich für Völkerverständigung und in der

Bildungspolitik; er war einer der Hauptfinanzierer der Hochschule für Politik in Berlin.²

Carl Goerdeler war mehr als 20 Jahre jünger als Bosch – 1884 in Westpreußen geboren, verbrachte er seine Schul- und Studienzeit in Ostpreußen. Sein Vater war in der dritten Generation als Jurist im preußischen Staatsdienst tätig, und Carl Goerdeler schlug denselben Weg ein. Nach dem Abschluss seiner Ausbildung ging er in die Kommunalpolitik; den Ersten Weltkrieg erlebte er als Stabsoffizier an der Ostfront.

Nach seiner Demobilisierung im Februar 1919 bewog ihn die drohende Abtretung seiner Heimat Westpreußen an Polen infolge des Versailler Vertrages, sich politisch zu engagieren. Goerdeler begab sich Mitte Juni 1919 in den Brennpunkt des Kampfes um eine Revision der alliierten Friedensbedingungen und war maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung der »Aktion Frühlingssonne«: Ein Vormarsch deutscher Armeekorps- und Freikorpsverbände nach Warschau war geplant, der die Eroberung ganz Polens einleiten sollte. Goerdeler vertrat in der Konstellation eine extreme Position, indem er sich die Forderung einer »militärischen Niederwerfung Polens« zu Eigen machte und damit den am weitesten reichenden Planungen bei den Militärs zustimmte.

Im Unterschied zu seinen Mitstreitern, die sich nach dem Scheitern solcher Pläne und nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags von der jungen Republik abwandten, reagierte Goerdeler jedoch pragmatisch: Aus einer national-konservativen Grundeinstellung und der preußischen Beamtentradition heraus fand Goerdeler zu einer gouvernementalen Einstellung, und eine grundsätzliche Verweigerungshaltung blieb ihm fremd.³

Noch einmal zum Vergleich: in der unmittelbaren Nachkriegszeit sehen wir Bosch als einen linksliberalen Demokraten, der die Weimarer Republik begrüßt und die Deutsche Demokratische Partei unterstützt; er fördert Bildungsinstitutionen und Organisationen zur internationalen Verständigung. In derselben Zeit sehen wir Goerdeler, der sich nur mühsam mit der neuen Republik abfindet und zum so genannten »Vernunftrepublikaner« wird; er tritt der Deutschnationalen Volkspartei bei und bindet sich damit zunächst an den rechten Rand des Parteienspektrums der Republik.

2 Zu Boschs Karriere im Kaiserreich vgl. die nach wie vor zuverlässigste Biographie von Theodor Heuss: Robert Bosch. Leben und Leistung. 10. Auflage Stuttgart 1987. Zu Boschs Engagement in der Weimarer Republik vgl. auch Joachim Scholtyseck: Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945, München 1999, S. 87 ff.

3 Zu Goerdelers Beteiligung an der »Aktion Frühlingssonne« vgl. seinen Bericht darüber in BAK, N 1113, Bd. 21.

Die nationalsozialistische Machtübernahme

Die Zäsur der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 betrachten wir vor dem Hintergrund derselben Fragen wie 1919: wo stehen Bosch und Goerdeler jetzt, und welche Ansichten vertreten sie in der Umbruchsituation?

Als Hitler Reichskanzler wurde, war Robert Bosch mit ganz anderen Aktivitäten beschäftigt: Im Winter 1932 war er endgültig zu der Überzeugung gelangt, dass die offiziellen diplomatischen Bemühungen Deutschlands und Frankreichs zur Versöhnung durch persönliches Engagement vorangetrieben werden müssten. Im Dezember fuhr er zu einem Treffen mit gleichgesinnten französischen Industriellen nach Paris, von dem er sehr optimistisch zurückkehrte. Sein erklärtes Ziel war ein »inniger Zusammenschluss« der beiden Nationen, der den Weg zu einem europäischen Wirtschaftsblock ebnen sollte. Die deutsch-französische Einigung war also für Bosch die wichtige Voraussetzung für eine umfassendere Völkerverständigung. Zur selben Zeit erklärte er in einem privaten Brief: »Was bei uns innenpolitisch vorgeht, interessiert mich zur Zeit weniger, wohl nur aus dem Grunde, weil ich sehe, dass ich da nichts helfen kann.« Sein Augenmerk war zu dieser Zeit so stark auf seine außenpolitischen Bemühungen gerichtet, dass er die innenpolitischen Vorgänge geradezu verdrängte. Hinzu kamen Fehleinschätzungen, etwa wenn Bosch zunächst Pläne schmiedete, Hitler für seine Verständigungspolitik zu gewinnen: nun sei der richtige Augenblick für ein Verständigungsangebot Hitlers an Frankreich gekommen, schrieb er im Februar 1933.⁴

Mit der Propaganda der Nationalsozialisten hatte sich Bosch nie auseinandergesetzt; sein politisches Urteil richtete sich eher nach einzelnen Politikern. Er war wohl, wie viele andere am Ende der Weimarer Republik, kritischer geworden gegenüber dem deutschen Parlamentarismus, aber doch grundsätzlich optimistisch, zumal er das Ende der Wirtschaftskrise in greifbarer Nähe sah. Die Einsetzung einer nationalsozialistischen Landesregierung in Württemberg im März 1933, in deren Folge planmäßige und willkürliche Verfolgungen, Amtssuspendierungen und Verhaftungen einsetzten, konfrontierte Bosch dann aber doch mit der veränderten politischen Situation. Einige Zeit wurde im Firmenvorstand diskutiert, ob Bosch ins Ausland gehen solle, um einer möglichen Verhaftung zu entgehen. Vor allem von den württembergischen Nationalsozialisten befürchtete Bosch Repressionen. Den beruhigenden Parolen Hitlers glaubte er jedoch zunächst und auch noch in den folgenden Jahren, in einer Mischung von Täuschung und Selbsttäuschung. Die ersten Jahre unter dem Nationalsozialismus sind insofern von Ambi-

⁴ S. Schreiben Robert Boschs an Wilhelm Keppler; zitiert nach Heuss, Robert Bosch (Anmerkung 2), S. 567.

valenzen gekennzeichnet, in denen sich Kritik und Lob, Ablehnung und Zustimmung mischten.⁵

Carl Goerdeler war in der Zwischenzeit zunächst als Zweiter Bürgermeister nach Königsberg gegangen; seit 1930 war er Oberbürgermeister von Leipzig. Er blieb nach der nationalsozialistischen Machtübernahme am 30. Januar in seinem Amt, obwohl er einer der wenigen großstädtischen Oberbürgermeister ohne NSDAP-Mitgliedschaft war. Während auch die neue Reichsregierung um seine Mitarbeit sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch im kommunalen Verfassungsrecht warb, gestaltete sich seine Zusammenarbeit in Leipzig mit den lokalen Nationalsozialisten zunehmend schwieriger. Goerdeler geriet in zunehmende Spannungen mit den Parteigenossen, insbesondere mit seinem Stellvertreter, der sich selbst als »erster verantwortlicher Parteigenosse im Rathaus« bezeichnete. Als Goerdeler auch immer mehr in Gegensatz zur Reichsregierung geriet, verschlechterten sich seine Möglichkeiten, sich in Leipzig durchzusetzen. Am 25. November 1936, als das Mendelssohn-Bartholdy-Denkmal vor dem Leipziger Gewandhaus während seiner Abwesenheit und entgegen seiner ausdrücklichen Anweisungen entfernt wurde, zog Goerdeler die Konsequenz und reichte sein Entlassungsgesuch ein.⁶



Dr. Sabine Gillmann bei ihrem Vortrag über Carl Friedrich Goerdeler und Robert Bosch

⁵ Scholtyseck, Robert Bosch (Anmerkung 2), S. 120.

⁶ Vgl. dazu ausführlich Ines Reich: Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat, Köln u. a. 1997, S. 257 ff.

Noch einmal zum Vergleich: in der Phase der Machtübernahme sehen wir Bosch als stark zurückgezogen aus der Innenpolitik; es gibt sogar Zeugnisse, die ihn als »überrascht« von der Machtübernahme beschreiben. Er ist weiterhin stark in bildungspolitischen Projekten und in der Verständigungspolitik mit Frankreich involviert. Beide, Bosch und Goerdeler, stehen dem neuen Regime ambivalent gegenüber. Bei beiden wird deutlich, dass sie zunächst stärkere Probleme mit den lokalen Nationalsozialisten als mit der Reichsregierung haben. Goerdeler hatte sich außerdem zunächst sogar Hoffnungen gemacht, die Reichspolitik nun stärker mitbestimmen zu können.

Der Beginn der Zusammenarbeit zwischen Bosch und Goerdeler

Es gab verschiedene Politikfelder, in denen Goerdeler unter dem NS-Regime mitarbeitete: Zunächst ging es um eine Reform der Gemeindeordnung 1933/34, mit der er eine autoritäre Bürgermeistereiverfassung durchsetzen wollte. Seine Mitarbeit führte jedoch nicht zu den von ihm erhofften Resultaten, und er stand der Deutschen Gemeindeordnung vom Januar 1935 sehr kritisch gegenüber. Dies war seine erste Mitarbeit unter der nationalsozialistischen Regierung, die mit einer Desillusionierung für ihn geendet hatte. Auch aus seiner Funktion als Preiskommissar schied er im Juli 1935 mit der ernüchternden Erkenntnis aus, dass mit den konkurrierenden Reichsbehörden keine Einigung über seine Kompetenzen möglich sei. Ein Jahr später, im Sommer 1936, musste er erkennen, dass er sich mit seinen wirtschaftsliberalen Überzeugungen nicht würde durchsetzen können in der zunehmend dirigistischen NS-Wirtschaftspolitik.⁷

Die Entfremdung Goerdelers von dem NS-Regime in der zweiten Hälfte der 30er Jahre ging von beiden Seiten aus: Die Nationalsozialisten bedienten sich zunächst sowohl Goerdelers Ansehens als auch seiner Expertise in wirtschafts- und kommunalpolitischen Belangen. Erst als deutlich wurde, dass er sich nur begrenzt auf die Politik des Regimes einlassen würde, und erst als das Regime hinreichend konsolidiert war, wurde der Bruch mit Goerdeler hingenommen, ja geradezu forciert. Goerdeler hatte mit der nationalsozialistischen Machtübernahme von Beginn an Hoffnungen und Befürchtungen gleichermaßen verbunden; Hoffnung auf zunehmende Einflussmöglichkeiten für ihn, Befürchtungen, die sich schnell bestätigten. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme war er knapp 50 Jahre alt, auf dem Höhepunkt seiner Karriere – er war Politiker, der mitbestimmen und mitentscheiden wollte. Hinzu kam auch, dass ihm als preußischer Beamter eine Verweigerungshaltung fremd war und er außerdem als Familienvater beträchtliche finanzielle Verpflichtungen hatte. Seine Grundeinstellung sollte sich auch nach 1936, nachdem

⁷ Vgl. Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers, hrsg. von Sabine Gillmann, Hans Mommsen, München 2003, S. 261 ff.

Goerdeler bei der Reichsregierung in Ungnade gefallen und er von seiner prestigeträchtigen Oberbürgermeisterstelle in Leipzig zurückgetreten war, zunächst nicht ändern. Es änderten sich die äußeren Umstände: im Alter von 52 Jahren musste er sich nach einer neuen Anstellung umsehen.

Bereits seit dem Frühjahr 1936 stand Goerdeler in Verhandlungen über seinen Eintritt in das dreiköpfige Krupp-Direktorium, jedoch scheiterte dieser an Hitlers Einspruch. Goerdeler stand seit dem Sommer 1936 ebenfalls in Kontakt mit Vertretern der Firma Bosch, der über Theodor Bäuerle zustande gekommen war, mit dem Goerdeler seit den 1920er Jahren bekannt war und der seit langem von Bosch mit der Leitung von Institutionen zur Volksbildung betraut war. Kurz nach dem Rückzieher von Krupp wurde zwischen Goerdeler und Robert Bosch ein formell sehr lockeres Vertragsverhältnis gegründet und Goerdeler wurde Berater der Firma in Finanzfragen sowie ihr Vertreter bei den Berliner Behörden, doch ohne scharf abgegrenzte Verpflichtungen.⁸ Wie kam es, dass Hitler die Anstellung Goerdelers bei Krupp verhinderte, aber seine Anstellung bei Bosch hinnahm? Diese Tatsache kann wohl nur mit der unterschiedlichen Mentalität der beiden Unternehmer erklärt werden: Krupp hatte in vorseilendem Gehorsam bei Hitler angefragt, ob eine Anstellung Goerdelers auf Zustimmung treffen würde. Ein derartiges Untertanendenken war Bosch fremd. Er stellte die nationalsozialistischen Machthaber mit der Anstellung Goerdelers vor vollendete Tatsachen.⁹

Unterstützt von Robert Bosch und dessen oppositionellem Stuttgarter Kreis unternahm Goerdeler in den Vorkriegsjahren ausgedehnte Auslandsreisen, um Verbindungen aufzubauen und die europäische Deutschland-Politik in seinem Sinn zu beeinflussen. In ausführlichen Berichten an Göring und Hitler warnte er gleichzeitig vor der Unterschätzung Englands und Frankreichs und wies auf die negativen Wirkungen der NS-Kirchen- und Juden-Politik im Ausland hin.¹⁰

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs

Mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 beginnt unsere letzte Zäsur, der Beginn des Zweiten Weltkriegs. Bosch hatte bis zuletzt gehofft, eine Wiederholung des Ersten Weltkriegs nicht erleben zu müssen. Das Scheitern seiner Friedenshoffnung bedeutete auch das Scheitern seiner jahrzehntelangen Arbeit für die Völkerverständigung, denn er war sicher, dass der Krieg mit einem Sieg über Polen noch lange kein Ende finden würde. Der Kriegsausbruch bedeutete für

8 Vgl. die Niederschrift von Hans Walz, »Meine Mitwirkung an der Aktion Goerdeler«, in: Widerstand und Erinnerung. Neue Berichte und Dokumente vom inneren Kampf gegen das Hitler-Regime, hrsg. v. Otto Kopp, Stuttgart 1966, S. 95–120.

9 S. dazu auch den Briefwechsel zwischen Gustav Krupp von Bohlen und Halbach und der Reichskanzlei; HA Krupp, FAH 4 E 154.

10 Eine Auswahl der Reiseberichte ist abgedruckt in Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers, S. 525 ff.

Bosch jedoch auch die Notwendigkeit, sein Auslandsvermögen zu sichern – hier spielte Goerdeler eine wichtige Vermittlerrolle und konnte gleichzeitig die Gelegenheit ergreifen, auf seinen Auslandsreisen das Bild vom »Anderen Deutschland« wach zu halten.¹¹

Noch während des Frühjahrs und Frühsommers 1939 hatte Goerdeler gehofft, mittels ausländischer Interventionen mäßigend auf die nationalsozialistische Politik einwirken und den drohenden Krieg abwenden zu können. Gleichzeitig bemühte er sich seit 1939 verstärkt um Kontakte zu anderen Regimekritikern. Um die Dreiergruppe Carl Goerdeler, Ludwig Beck und Ulrich v. Hassell sammelten sich, nicht zuletzt aufgrund der unermüdlichen Kontaktsuche Goerdelers, andere Persönlichkeiten und Gruppierungen, die zunächst hauptsächlich ihre Kriegsgegnerschaft gemeinsam hatten. Während die Versuche, eine Kriegsausweitung zu verhindern, zunächst von einer sich formierenden Militäropposition unterstützt worden waren, änderte sich deren Haltung nach dem Sieg über Frankreich.

Vor dem Hintergrund der Sieges euphorie in Deutschland sind Goerdelers Denkschriften von 1940 zu lesen, der an seiner Kriegsgegnerschaft festhielt und überaus scharfe Kritik an der nationalsozialistischen Kriegführung und Besatzungspolitik übte. Seine Lageberichte von der zweiten Jahreshälfte 1940 stellen ungewöhnlich scharfe Stellungnahmen für die Zeit der erfolgreichen nationalsozialistischen Kriegführung dar und unterscheiden ihn deutlich von anderen konservativen Regimekritikern, etwa von Hassell oder Popitz. Während sich der preußische Finanzminister Johannes Popitz von der verfassungsrechtlichen Seite dem nationalsozialistischen Reichsgedanken annäherte, visierte der von dem Mitteleuropa-Gedanken beeinflusste von Hassell eine europäische Neuordnung an, in der Südosteuropa als wirtschaftliches »Ergänzungsgebiet« des Deutschen Reichs dienen sollte. Goerdeler versuchte dagegen in seinen Lageberichten, mit seinen Plänen zu einer Europäischen Union ein positives Gegenbild zu dem NS-Regime zu entwerfen.¹²

Hier sei noch einmal zurückverwiesen auf Goerdelers Beteiligung am Versuch einer »militärischen Niederwerfung Polens« im Jahr 1919 – 21 Jahre später, als von der deutschen Wehrmacht genau diese Forderung erfüllt worden war, liest man bei Goerdeler Anderes:

¹¹ S. ebd.

¹² Vgl. dazu ausführlich Sabine Gillmann, Die Europa pläne Carl Goerdelers. Neuordnungsvorstellungen im nationalkonservativen Widerstand zwischen territorialer Revision und europäischer Integration, in: Thomas Sandkühler (Hrsg.): Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920–1960, Göttingen 2002, S. 77 ff. (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 18).

»Wer in seinem eigenen Lande die noch besonders zu schildernden Zustände in Verwaltung und Wirtschaft, Recht und Kultur, Jugenderziehung und Moral herbeigeführt hat oder auch nur sich hat entwickeln lassen, wird nach einem unwandelbaren Gesetz der Natur nach der Eroberung nicht weise und maßvoll, sondern immer ehrgeiziger, brutaler und eroberungslustiger. Die Pläne gewaltsamer Umsiedlungen in Polen, Norwegen, Elsaß-Lothringen und Nordfrankreich sind bekannt. Das Vorhaben, im mageren industriellosen Ostpolen eine Bevölkerungsdichte zu schaffen, die der Belgiens entspricht, was also langsamen Hungertod bedeutet, die Polen durch eine auf das 7. bis 12. Lebensjahr beschränkte primitive Schulbildung ohne mittlere und höhere Schulen künstlich herabzudrücken, ist das teuflischste, das bisher in der Menschheitsgeschichte planmäßig eronnen ist. (...) Außenpolitische Lage ist nicht gleichbedeutend mit militärischer Lage. Militärisch mögen weitere, ja weiteste Erfolge möglich sein. Für die Zukunft unseres Volkes haben sie ihre Bedeutung verloren. Sie werden lediglich noch davon bestimmt, ob es rechtzeitig gelingt, Moral, Recht und Wahrhaftigkeit in staatlicher Ordnung, Finanzen und Wirtschaft herzustellen. Welche außenpolitische Frucht damit zu pflücken ist, ergibt sich wieder aus der richtigen Behandlung aller anderen Völker, dem rechtzeitigen Ausklingen der Gefühle des Hasses und der Verachtung, die um uns hervorbrechen.«¹³

Bereits im November 1940 prophezeite Goerdeler also, dass der Krieg, unabhängig von seinem Ausgang, in einer Katastrophe enden müsse. Ein militärischer Sieg Deutschlands wäre angesichts der konstatierten moralischen Zerrüttung bedeutungslos, eine militärische Niederlage Deutschlands müsse aufgrund der betriebenen Kriegführung und Besatzungspolitik furchtbare Folgen haben.

Die Lageberichte von 1940 bedeuten in mehrerer Hinsicht einen Wendepunkt in Goerdelers Schriften: Zunächst bedeuten sie den endgültigen Schritt in den Widerstand gegen das NS-Regime. Zwar hatte Goerdeler bereits in den Jahren vorher, durch seinen Leipziger Rücktritt, seine zunehmende Kritik am Regime und durch die Ziele seiner Auslandsreisen oppositionell agiert; aber mit dem deutschen Überfall auf Polen ist der Zeitpunkt erreicht, zu dem er sich ganz vom Regime abwendet. Zweitens bedeuten die Lageberichte von 1940 Goerdelers verstärkte Hinwendung zu Europa, zu Plänen für eine Europäische Gemeinschaft. Diese Pläne führte er in den folgenden Jahren weiter aus. Bestimmend blieb in ihnen das föderative Element – der freiwillige Zusammenschluss gleichberechtigter Staaten, deren Repräsentation nach außen zunehmend gemeinsam gestaltet werden sollte, während nationale Hoheitsrechte gleichzeitig an Bedeutung verloren hätten. Auch hier fanden sich wieder Gemeinsamkeiten mit Robert Boschs Ansichten. Der dritte Punkt, der hier betont werden muss, ist die moralische Integrität, die aus Goer-

¹³ Die Denkschrift ist vollständig abgedruckt in: Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers (Anmerkung 7), S. 769–777, sowie hier S. 29–36.

delers Schriften spricht. Man muss bedenken, dass Goerdeler seit dem Versailler Vertrag gegen den polnischen »Korridor« und die Teilung seiner preußischen Heimat gekämpft und argumentiert hat. 20 Jahre später, als sein Ziel mit dem deutschen Überfall auf Polen erreicht ist, richtet er sich dagegen, und verweigert sich der deutschen Sieges euphorie. Hier wird eine rechtsstaatliche, eine moralisch-ethische Basis bei Goerdeler deutlich, die sehr imponierend ist.

Wenn auch Goerdelers Reisetätigkeit während der Kriegsjahre naturgemäß abnahm, so blieb er doch durch seine Anstellung bei der Firma Bosch vergleichsweise mobil. Seine Überzeugung, dass der Krieg unter dem nationalsozialistischen Regime nicht gewonnen werden könne – und auch nicht gewonnen werden sollte –, resultierte in der Abfassung zahlreicher Schriften, mit denen er Verbündete gegen das Regime zu gewinnen hoffte.

Der Tod Boschs und die Hinrichtung Goerdelers

Im September 1941 feierte Bosch seinen 80. Geburtstag in Baden-Baden, zu dem auch Goerdeler eingeladen war. Anlässlich der Feier verfasste Goerdeler eine Festrede für Bosch, in der er sein Lebenswerk würdigte.¹⁴ Nur wenige Monate später erkrankte Bosch und verstarb schließlich im März 1942. Er hatte sich bereits Jahre zuvor zunehmend aus der Firmenleitung zurückgezogen, so dass sein Tod keine Veränderung in der Firmenpolitik bedeutete. Auch die enge Verbindung der Firma zu Goerdeler blieb weiterhin bestehen und der persönliche Verlust bedeutete keine Änderung von Goerdelers Anstellungsverhältnis.

Während Goerdeler Mitverschwörern seine Konzepte für einen neuen Staatsaufbau darlegte und begründete, bemühte er sich seit 1943 zugleich verstärkt darum, Gehör bei den Alliierten zu finden. Mit Schriften an die britische Regierung strebte er an, die außenpolitischen Grundlagen für seine innenpolitischen Neuordnungspläne zu schaffen. Dabei zielte er insbesondere auf die Rücknahme der »Unconditional Surrender«-Forderung, die auf der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 von den Alliierten aufgestellt worden war.¹⁵

Im Verlauf der Jahre 1942 und 1943 entstand eine Reihe von Dokumenten, die der geplanten Regierungsübernahme dienen sollten. Der zivile Verschwörerkreis um Goerdeler hatte Listen für die Politischen Beauftragten und die Verbindungsoffiziere für die Wehrkreise aufgestellt sowie erste Bekanntmachungen der Umsturzregierung abgefasst. Hierbei handelte es sich um programmatische Verlautbarungen,

¹⁴ Vgl. Carl Friedrich Goerdeler, Robert Bosch zum 80. Geburtstag, in: Die Deutsche Rundschau (Oktober 1941); ein Exemplar des Aufsatzes befindet sich in Goerdelers Nachlass im Bundesarchiv (BAK N 1113/39, Bd. 4).

¹⁵ Vgl. Goerdelers Positionspapier für die britische Regierung; abgedruckt in: Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers (Anmerkung 7), S. 944–949.

die Grundsatzserklärungen für die Zeit nach der geplanten Regierungsübernahme gleichkamen. Während so von ziviler Seite die Vorbereitungen für einen Staatsstreich abgeschlossen waren, warteten die Verschwörer auf die militärische Initialzündung.¹⁶



Robert Bosch

Es sollten noch anderthalb Jahre vergehen und die militärische Situation im nationalsozialistischen Deutschland musste sich noch wesentlich verschlechtern, bevor das Militär tatsächlich aktiv wurde. Goerdeler war als der neue Reichskanzler vorgesehen für die Zeit nach dem Attentat vom 20. Juli 1944. Die Ereignisse sind bekannt – das Attentat scheiterte, der geplante Regierungsumsturz wurde aufgedeckt und Goerdeler musste fliehen. Aus den so genannten »Kaltenbrunner-Berichten« ergibt sich, dass Goerdelers Stellung innerhalb der zivilen Verschwörung dem NS-Regime spätestens seit dem 25. Juli bekannt war. Seit dem 1. August 1944 war auf seine Ergreifung ein Kopfgeld in Höhe von einer Million Reichsmark ausgesetzt; am 12. August – Goerdeler hielt sich mittlerweile in Ostpreußen auf – wurde er erkannt und sofort verhaftet. Am 8. September 1944 wurde Goerdeler vom Volksgerichtshof als »Verräter« und »politischer Kriegsspion« zum Tode verurteilt. Während das Todesurteil gegen seine Mitangeklagten Ulrich von Hassell, Paul Lejeune-Jung und Josef Wirmer noch am Nachmittag desselben Tages voll-

¹⁶ Die Überzeugung der zivilen Verschwörergruppe, dass es ohne militärische Initialzündung keine Handlungsmöglichkeiten für sie gebe, wird exemplarisch deutlich in den Tagebüchern von Goerdelers Mitverschwörer Ulrich v. Hassell. Vgl. etwa den Tagebucheintrag vom 20.4.1943; Ulrich v. Hassell: Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland. Nach der Handschrift rev. u. erw. Ausg. unter Mitarb. v. Klaus Peter Reiß, hrsg. v. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, S. 363.

streckt wurde, vergingen bis zu Goerdelers Hinrichtung fast fünf Monate strenger Haft im Gestapo-Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin.¹⁷

Goerdeler hat offensichtlich während seiner Haftzeit Nachrichten darüber erhalten, dass seine gesamte Familie in »Sippenhaft« genommen worden war. Er wusste, dass sein Vermögen beschlagnahmt war und er seine Familie mittellos hinterlassen würde. Anscheinend war ihm auch mitgeteilt worden, dass seine Enkel – beides Kleinkinder – verschleppt worden waren. Zu den seelischen Qualen, die ihm die Sorge um seine Familie bereiten musste, kamen körperliche Entbehrungen. Aus den Berichten Überlebender werden Goerdelers Beschreibungen der äußeren Bedingungen bestätigt: die Einzelhaft und mangelhafte Verpflegung, das grelle Licht, das die ganze Nacht in den Zellen schien, die ständige Fesselung und die psychologische Zermürbung durch gezielte Zuspiegelung von Informationen. Während seiner Haftzeit verfasste Goerdeler, ebenso wie sein inhaftierter Mitverschwörer Johannes Popitz, eine Reihe von Denkschriften auf Anforderung des NS-Regimes. Es handelte sich um die Beantwortung von Fragen zum Wiederaufbau sowie um Denkschriften zur Preisüberwachung und zum Verwaltungsaufbau. Goerdeler wird sich von seiner Schreibtätigkeit einen Aufschub der Vollstreckung des Todesurteils versprochen haben, der mit einem raschen Sieg der Alliierten zu seiner Befreiung hätte führen können; die Tätigkeit gab ihm außerdem die Möglichkeit, geheime Aufzeichnungen anzufertigen, in denen er nochmals seine Vorstellungen zusammenfasste und sich gegen seine Verurteilung als »Kriegsspion« rechtfertigte. Während seiner langen Haftzeit verfasste Goerdeler auch eine Reihe von umfangreichen privaten Schriften. In ihnen setzte er sich mit der Diktatur und seiner eigenen Rolle in ihr auseinander, beschrieb die Ziele der Verschwörergruppe und fasste seine politischen Neuordnungsvorstellungen zusammen. In allen Schriften taucht auch die Sorge um seine Familie auf – neben der Bitte an in- und ausländische Freunde, seiner Familie beizustehen, finden sich auch finanzielle Regelungen und Ratschläge für seine Nachkommen.¹⁸ Als einer der letzten Hauptbeteiligten an der Verschwörung um den 20. Juli 1944 wurde Carl Goerdeler am 2. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Fazit

Wir kommen zum Abschluss noch einmal auf die Ausgangsfrage zurück – Was haben der konservative, preußische Beamte Carl Goerdeler und der linksliberale Industrielle Robert Bosch gemeinsam?

¹⁷ Vgl. das Urteil des Volksgerichtshofs vom 8.9.1944, a. a. O. (Anm. 1). Vgl. auch Fernschreiben Otto Thieracks an Martin Bormann vom 8.9.1944; BAB, NJ 17548, Bd. 2.

¹⁸ Eine Auswahl der späten Schriften Goerdelers ist abgedruckt in: Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers (Anmerkung 7), S. 1192 ff.

Einige Gemeinsamkeiten sollten in diesem Aufsatz deutlich geworden sein; sie können zusammengefasst werden anhand der Festrede, die Goerdeler zu Boschs 80. Geburtstag im September 1941, einige Monate vor Boschs Tod, gehalten hat:

Zunächst verband die beiden ihre wirtschaftsliberale Einstellung. Goerdeler betonte in seinen Schriften, dass freier Wettbewerb und Eigeninitiative die Grundvoraussetzungen einer florierenden Wirtschaft seien. Diese Aspekte betonte er auch in seiner Festrede als »Erfolgsgeheimnis« des Bosch-Unternehmens: Leistung des Einzelnen als Kriterium für Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Akkordlöhne und Erziehung zu Verantwortungsfreude. Eine freie Wirtschaftsordnung forderten die beiden auch in internationaler Hinsicht: eine offene Weltwirtschaft mit freier Konkurrenz war das Idealbild.

Die zweite Gemeinsamkeit war das Engagement für Völkerverständigung – Bosch hatte sich seit dem Ende des Ersten Weltkriegs dafür eingesetzt, bei Goerdeler kam die Erkenntnis erst später, während seiner Auslandsreisen, im Vorfeld und während des Zweiten Weltkriegs.

Als dritte und wichtigste Gemeinsamkeit zwischen den beiden sehe ich ein Rechtsbewusstsein, das sich unbeirrt auch unter dem NS-Regime behauptete. Das NS-Regime beruhte ja durchaus auf geschriebenen Texten mit der formalen Qualität des Rechts, angefangen vom »Ermächtigungsgesetz« von 1933. Was mit dem Begriff »Rechtsbewusstsein« bei Goerdeler und Bosch beschrieben werden soll, ist ihre Überzeugung, dass es eine autonome Geltung und Herrschaft des Rechts gebe. Ihr Glaube an diese Autonomie des Rechts war es, der zu ihrer Abwendung von der widerrechtlichen Besitzergreifung des Rechts durch die Nationalsozialisten führte. Die Herrschaft des Rechts wurde von beiden gegen die vom Staat gesetzten Ansprüche beschworen.

Diese Rechtsauffassung bekräftigte Goerdeler auch in seiner Festrede für Robert Bosch, in der er seine Überzeugung zusammenfasste:

»Ein Mann von Charakter kann, wie alle großen Männer der deutschen Geschichte, nur für Recht und Freiheit eintreten, für Recht und Freiheit des Einzelnen, für Recht und Freiheit des Volkes. Was er für das eigene Volk durchsetzen will, muß er nach ewigen Gesetzen auch anderen Völkern zugestehen.«¹⁹

¹⁹ Vgl. Carl Friedrich Goerdeler: Robert Bosch zum 80. Geburtstag (Anmerkung 14); ein Exemplar des Aufsatzes befindet sich in Goerdelers Nachlass im Bundesarchiv (BAK N 1113/39, Bd. 4).

Moralischer Zustand

Maschinenschriftliche Denkschrift von Carl Friedrich Goerdeler¹

1. Juli 1940

Die Wehrmacht hat dank hervorragender Planung durch den Generalstab, dank glänzender Führung, dank des Mutes der Soldaten und nicht zuletzt durch allerdings rücksichtslosesten Einsatz der Zerstörungstechnik bewiesen, was sie zu leisten vermag. Dieser Sieg gibt ihr große Macht und noch größere Verantwortung.²

Kriege dürfen nicht um ihrer selbst willen geführt werden. Das hat selbst Moltke betont, haben Clausewitz und alle großen Staatsmänner und Heerführer vor ihm bekannt,³ das sagen uns Vernunft und Verantwortungsbewußtsein. Das Ziel ist immer und allein nur der ehren- und glückhafte Friede. Die Ehre ist in unserer Achtung vor uns selbst, in unserer Unabhängigkeit von fremdem Willen beschlossen. Glückhaft ist der Friede, der bei Anstrengung aller Kräfte zu einem auskömmlichen Lebensstand führt, seine Verbesserung ermöglicht, Freiheit des Gewissens und Fortschritt der Wissenschaft sichert, die seelischen Kräfte im Gleichgewicht hält und die Entwicklung wahrer Kultur ermöglicht: dauerhaft wird nur ein Friede sein, in dem der Mensch nicht erschlapft und nicht vergißt, daß er den Geboten, der Gewalt Gottes unterworfen ist.

1 Die folgende Denkschrift ist zitiert nach: Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers, hrsg. von Sabine Gillmann, Hans Mommsen, München 2003. Sie wurde von Goerdeler nicht betitelt; in späteren Schriften verweist er jedoch auf sie unter der Bezeichnung »Moralischer Zustand«.

2 Zu dem Entstehungszeitpunkt der Denkschrift hatte die deutsche Wehrmacht Siege an allen Fronten zu verzeichnen: Polen, Norwegen, Holland und Belgien waren erobert, und Dänemark war kampflos besetzt worden; Frankreich war in einen besetzten und einen unbesetzten Teil mit einer konservativ-autoritären Kollaborationsregierung aufgeteilt worden. Die militärischen Erfolgsmeldungen schienen die nationalsozialistische Blitzkriegstrategie zu bestätigen und suggerierten nahezu unbegrenzte Expansionsmöglichkeiten, die den Großteil der deutschen Bevölkerung in einen Siegestaumel versetzten. Vgl. zum Überblick Lothar Gruchmann, *Der Zweite Weltkrieg. Kriegführung und Politik*, 10., durchges. u. akt. Aufl. München 1995, sowie Gerhard L. Weinberg, *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Stuttgart 1995.

3 Helmut Graf von Moltke (1800–1891) hatte als preußischer Generalfeldmarschall und als Chef des großen Generalstabs entscheidenden Anteil an den Siegen über Österreich 1866 und über Frankreich 1870/71. Carl von Clausewitz (1780–1831), zunächst ebenfalls preußischer General und nach dem Abschluß des französisch-preußischen Militärbündnisses 1812 in russische Dienste getreten, war an militärtheoretisch-philosophischen Fragen interessiert und lehrte seit 1818 an der Allgemeinen Kriegsschule in Berlin. Mit seiner Abhandlung »Vom Kriege« vertrat Clausewitz den Primat der politischen Führung gegenüber dem Militär, indem er Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln charakterisierte. Moltke dagegen, ähnlich wie viele seiner Zeitgenossen, akzeptierte und rezipierte zwar die militärtheoretischen Ausführungen Clausewitz', sprach jedoch dem militärischen Sektor eine unabhängigere Rolle vom zivilen Sektor zu. Moltke vertrat die Auffassung von einer Eigengesetzlichkeit des Krieges, dessen Ausbruch zwar von der Politik bestimmt sei, der sich jedoch während seiner Dauer alle Politik unterordne. Vgl. Volkmar Regling, *Grundzüge der Landkriegführung zur Zeit des Absolutismus und im 19. Jahrhundert*, in: *Deutsche Militärgeschichte*, Bd. 6, S. 11–425; zu Clausewitz S. 307–327, zu Moltke S. 379–425 sowie Jan Philipp Reemtsma, *Die Idee des Vernichtungskrieges. Clausewitz – Ludendorff – Hitler*, in: Hannes Heer und Klaus Neumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944*, Hamburg 1995, S. 377–401.

Von einem solchen Frieden sind wir heute weiter entfernt denn je; es ist notwendig, hierüber volle, wenn auch grausame Klarheit zu gewinnen. Denn dieser Krieg dient nicht einem planmäßigen Aufbau, sondern phantastischen, zum letzten Mal in der Zeit Napoleons gehegten Plänen. Um jenen Frieden zu haben, bedurfte es dieses Krieges überhaupt nicht. Es kann jederzeit nachgewiesen werden, daß die Westmächte zumindest seit 1932 bereit waren, sich über alle für uns lebenswichtigen Fragen so zu verständigen, wie es unserer Ehre und unserer Lebenskraft entsprochen hätte. Es ist insbesondere nachzuweisen, daß Polen, von England unter Druck gesetzt, am 31. August 1939 sich bereit erklärt hat, in den Ostfragen entgegenkommend zu verhandeln.⁴ Dieses Nachgeben hätte bei dem Vergleich der Kräfte Deutschlands und Polens, sowie bei dem Friedensbedürfnis der Westmächte sehr bald ein vollkommenes werden müssen. Aber die Reichsführung zog den Krieg vor, weil sie ihn haben wollte und mußte.

Die Meinung, der englische Kaufmann habe aus Neid diesen Krieg gewollt, ist ein Sentiment. Tatsache ist, daß gerade der englische Kaufmann seit 1925 am stärksten auf die englische Regierung im Sinne friedlichen Nachgebens gewirkt hat. Kein Kaufmann, am wenigsten der Engländer, verkennt noch, daß nur ein organischer, d. h. ausgeglichener Frieden den Handel beleben und Gewinnmöglichkeiten schaffen kann, daß der moderne totale Krieg mehr Wohlstand und Entwicklungsmöglichkeiten zerstört, als an vorübergehenden Gewinnen eingeheimst werden kann. Gerade in der City von London hat man immer wieder erfahren können, daß sie in Hitler mindestens bis 1939 (Besetzung der Tschechoslowakei) den großen Retter vor dem Bolschewismus, den willkommenen Zerstörer unbequemer Gewerkschaften und Arbeiterforderungen sah.

Angesichts der maß- und sinnlosen Haßpropaganda gegen England gebietet es der Anstand, für jene Engländer, die sich als ehrenwerte, anständige, den Frieden suchende Menschen erwiesen haben – und das ist die große Mehrheit –, einzutreten. Vollkommen wahrheitswidrig und sinnlos ist insbesondere die Behauptung, man müsse England niederwerfen, um Ruhe in Europa zu haben. Man nenne denjenigen von England gewollten Krieg, der vor 1914 gegen deutsche Interessen gerichtet gewesen wäre. Friedrich der Große hat seine Kriege gegen Österreich durch den Bund mit England gewonnen. Die Befreiung Preußens aus der napoleonischen Knechtschaft wäre ohne die auf gleichen Interessen beruhende

⁴ Trotz der Aufkündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts im April 1939 sowie dem vier Monate später geschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt zeigte sich Polen noch Ende August sehr kompromißbereit. Daß die fieberhaften Vermittlungsversuche Großbritanniens noch am 31.8.1939 fast ausschließlich an dem provokativen Verhalten der Nationalsozialisten scheiterten, war schon zeitgenössischen Beobachtern evident. Vgl. die sehr detaillierte Darstellung der Verhandlungsabfolge in den letzten Augusttagen bei Horst Rohde, Hitlers Erster »Blitzkrieg« und seine Auswirkungen auf Nordosteuropa, in: Klaus A. Maier, Horst Rohde, Bernd Stegmann und Hans Umbreit, Die Errichtung der Hegemonie auf dem Europäischen Kontinent, Stuttgart 1979, S. 85 ff.

Bundesgenossenschaft Englands nicht oder erst später oder nicht so vollkommen möglich gewesen; England hat es damals Preußen nicht nachgetragen, daß es von Napoleon 1807–13 in offizielle Feindschaft gegen England hineingezwungen war. An die schnelle und erfolgreiche Durchführung des Krieges 1870/71 war ohne die wohlwollende Neutralität Englands gar nicht zu denken. Gerade das 19. Jahrhundert hat bewiesen, daß in Europa ein langer glückhafter Friede unter Einbeziehung Englands möglich war.⁵ Endlich ist aus den Archiven und den der Veröffentlichung harrenden Erinnerungen von Zeitgenossen mit Sicherheit nachzuweisen, daß England seit der Jahrhundertwende mehrfach eine grundsätzliche, Deutschlands Entwicklung durchaus nicht hindernde Verständigung, ja Bundesgenossenschaft mit dem Reich ge- und versucht hat.

Es wird vor der Geschichte nicht möglich sein, die Verantwortung für diesen Krieg anderen aufzubürden; ihn hat die derzeitige Reichsregierung gewollt und bewußt heraufbeschworen. Es wird sich auch erweisen, daß kein nationales Interesse daran vorliegt, diesen Tatbestand zu verwischen. Wären England und Frankreich neutral geblieben, so wären sie unfehlbar 1940 oder 1941 ans Messer gekommen. Denn die Reichsführung verfolgt seit 1938 Eroberungspläne, die mit nur von Narren zu leugnenden Lebensinteressen Frankreichs und Englands in Widerspruch geraten mußten. Sie, nicht Deutschland, war finanziell und wirtschaftlich mit ihrem Latein zu Ende. Ihre allen Gesetzen der Natur, der Vernunft hohnsprechende Finanz- und Wirtschaftspolitik hatte uns, wie voraussehbar, in Knappheit und Preissteigerungen hineingeführt. Diese waren schon seit 1938 fühlbar. Sie hätte auch ohne Krieg im letzten Winter Karten einführen und das Volk frieren lassen müssen. Als Kriegsfolge nimmt ein Volk einen solchen Zustand eine Zeitlang hin; als Friedensinhalt zwingt er zur Unzufriedenheit und schließlich zur Abkehr. Niemand weiß das besser als die jetzigen Gewalthaber. Statt ihre vaterländische Pflicht zu tun, zur Vernunft zurückzukehren oder abzutreten, wählten sie den Krieg, damit den Weg aller derartigen Diktaturen gehend.

Es sei unterstellt, daß auch die Insel England niedergerungen wird; es sei unterstellt, daß Amerika den Krieg nicht führt, daß er also einschläft; es sei unterstellt, daß die andern irgend einen Frieden unterzeichnen, ja es sei unterstellt, daß wir den Bolschewismus zurückwerfen oder stürzen. Es sei unterstellt, daß Deutsch-

⁵ Während Goerdelers Beurteilung des deutsch-britischen Verhältnisses im 19. Jahrhundert nachvollziehbar ist, sind die preußisch-österreichischen Kriege unter Friedrich dem Großen ein eher unglückliches Beispiel. Der britische Sieg über Frankreich 1743 und die Entscheidung des österreichischen Erbfolgekriegs zugunsten von Maria Theresia löste erst den zweiten Schlesischen Krieg 1744/45 zwischen Österreich und Preußen aus. Die britische Teilnahme am Siebenjährigen Krieg (1756–63) auf der Seite Preußens war ebenfalls nicht unproblematisch, da Großbritannien durch separate Friedensverhandlungen mit Frankreich und die Einstellung von Subsidienzahlungen an Preußen dessen Lage erheblich gefährdete. Vgl. zusammenfassend Hans-Joachim Schoeps, Preußen. Geschichte eines Staates, Frankfurt/M. und Berlin 1966, S. 62 ff.; 132 ff.; 238 ff.

land den Raum vom Nordkap bis zum Kap der Guten Hoffnung, vom Atlantik bis zum Dnjepr oder Ural militärisch beherrscht, daß das deutsche Volk die hierzu erforderlichen Kriege und die dauernd notwendige Machtentfaltung ohne Erschöpfung und ohne seelische Schädigung führen und durchhalten kann. Selbst bei diesem Optimum an militärischen Erfolgen und politischer Machtentfaltung könnten die in diesem Raum lebenden europäischen Völker ihre Lebensbedürfnisse aus ihm – nach etwa 10–20 Jahren im wesentlichen – nur decken, wenn alle Nationen in diesem Raum Höchstleistungen vollbringen. Dies ist aber nur möglich, wenn ihre Ehre und ihre politische Freiheit gewahrt werden, so daß die Völker diesen Großraum und eine gemeinsame Wirtschaft in ihm als ihren eigenen besten Interessen dienend ansehen.

An einen solchen schöpferischen Aufbau freier Völker unter deutscher Führung denkt aber ein System nicht, das in Deutschland von finanziellem Wahnsinn, von wirtschaftlichem Zwang, von politischem Terror, von Rechtlosigkeit und Unmoral lebt, das die Jugend immer planmäßiger der Unkenntnis und der Überheblichkeit ausliefert, das christliches Denken, Fühlen und Handeln verspottet und sogar verfolgt.

Die Pläne gewaltsamer Umsiedlungen in Polen, Norwegen, Elsaß-Lothringen und Nordfrankreich sind bekannt.⁶ Das Vorhaben, im mageren industriellosen Ostpolen eine Bevölkerungsdichte zu schaffen, die der Belgiens entspricht, was also langsamen Hungertod bedeutet, die Polen durch eine auf das 7. bis 12. Lebensjahr beschränkte primitive Schulbildung ohne mittlere und höhere Schulen künstlich

6 Das nationalsozialistische Ziel einer Neuordnung Europas verband einen aggressiven Expansionismus mit einer biologistisch-rassistischen Volkstumspolitik. Während Osteuropa, insbesondere Polen, als neuer »Siedlungsraum« für Auslandsdeutsche dienen sollte, waren der Norden und Westen Europas als Erweiterung des »Germanischen Reiches« vorgesehen. Die Umsiedlungspolitik im eigentlichen Sinne, als Aufeinanderfolge von Vertreibung, Vernichtung unerwünschter und Ansiedlung erwünschter Bevölkerungsgruppen, war jedoch von Beginn an stark auf Polen konzentriert; vgl. dazu ausführlich Götz Aly, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995. In Elsaß-Lothringen und dem besetzten Nordfrankreich war es zunächst die Praxis, unerwünschte Personengruppen (hierzu zählten neben Juden, Zigeunern u. a. »Fremdrassigen« Verbrecher, Obdachlose und antideutsche Agitatoren) in das südfranzösische Gebiet der Vichy-Regierung zu »evakuieren«; dazu ausführlich Lothar Kettenacker, Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß, Stuttgart 1973, besonders S. 249–267. In Skandinavien dagegen, das als Teil der »nordeuropäischen Schicksalsgemeinschaft« definiert wurde, bildeten massive Zwangsmaßnahmen die Ausnahme. Aufgrund der variierenden Stellung der einzelnen skandinavischen Länder – während Dänemark und Norwegen besetzt waren, war Finnland zunächst Verbündeter und wahrte Schweden seine Neutralität – war es darüber hinaus für gefährdete Bevölkerungsgruppen einfacher, der nationalsozialistischen Verfolgung zu entgehen. Vgl. Hans-Dietrich Loock, Nordeuropa zwischen Außenpolitik und »großgermanischer« Innenpolitik, in: Funke, Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 684–706, sowie Martin Moll, Die deutsche Propaganda in den besetzten »germanischen« Staaten. Norwegen, Dänemark und Niederlande 1940–1945. Institutionen – Themen – Forschungsprobleme, in: Robert Bohn (Hrsg.), Die deutsche Herrschaft in den »germanischen« Ländern 1940–1945, Wiesbaden 1997, S. 209–245. Ausführlich zu Norwegen ders., Reichskommissariat Norwegen. »Nationalsozialistische Neuordnung« und Kriegswirtschaft, München 2000.

herabzudrücken, ist das teuflischste, das bisher in der Menschheitsgeschichte planmäßig ersonnen ist.⁷

Drei Erfordernisse braucht jede menschliche Gemeinschaft, ob Familie, Staat oder Völkervereinigung: Gleichgewicht in Einnahmen und Ausgaben; Recht in der Hand unabhängiger Richter; unabänderliche, auf der Religion beruhende Moral. Kein lebender Deutscher vermag nachzuweisen, daß auch nur eine dieser drei Voraussetzungen heute in Deutschland vorhanden ist. Fehlt aber auch nur eine von ihnen, so ist der frühere oder spätere Zusammenbruch nach dem von Gott in dieser Natur verankerten Gesetz vollkommen gewiß. Ein Tyrann kann, wie die Geschichte und die psychologische Betrachtung beweisen, immer nur eine Tyranie errichten; wer in seinem eigenen Lande die noch besonders zu schildernden Zustände in Verwaltung und Wirtschaft, Recht und Kultur, in Jugenderziehung und Moral herbeigeführt hat oder auch nur sich hat entwickeln lassen, wird nach einem unwandelbaren Gesetz der Natur nach der Eroberung nicht weise und maßvoll, sondern immer ehrgeiziger, brutaler und eroberungslustiger.

Weit davon entfernt, jenen drei Erfordernissen auch nur in Deutschland zu genügen, wird das gegenwärtig – in Wahrheit nur dank der Soldaten herrschende – System seine Grundsatz-, Recht- und Hemmungslosigkeit in allen beherrschten Räumen unmittelbar oder mittelbar einführen. Die Vorbereitungen dazu sind in vollem Gange; die Übertragung der finanziellen Zügellosigkeit ist bereits in der Ausführung begriffen. Damit aber werden nicht nur Leistungswille und Leistungskräfte der beherrschten Völker immer geringer, ihr Lebensstand immer gedrückter, ihr Haß immer tiefer, sondern es ist auch unmöglich, die Erzeugnisse, die diesem Raume aus der anderen Welt noch für ein bis zwei Jahrzehnte zugeführt werden müssen, einzutauschen; ebenso muß natürlich der Lebensstand des deutschen Volkes, vielleicht nach kurzfristiger Erholung durch Aussaugung der anderen Völker, immer weiter sinken.

Es erscheint durchaus möglich, daß die Staaten Amerikas zunächst den Versuch machen werden, mit dem »neuen« Europa Handel zu treiben; das entspricht ihrer materiellen Einstellung und den naiven Vorstellungen, die sie von dem Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik haben. Ein solcher Handel wäre wenige

⁷ Die deutsche Besatzungspolitik in Polen strebte die »Degradierung des Generalgouvernements zum Reservoir einer entnationalisierten, ihrer Führerschaft beraubten und kulturell auf eine Elementarstufe herabgedrückten, halbfreien Arbeitsbevölkerung« an. Vgl. ausführlich Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961; Zitat von S. 22. Insbesondere in den Deutschland einverleibten westpolnischen Gebieten betrieben die deutschen Machthaber eine »Bildungspolitik«, die darauf abzielte, polnische Kinder ausschließlich für ein Arbeitsleben unter deutscher Herrschaft auszubilden; vgl. Boleslaw Pleśniarski: Die Vernichtung der polnischen Bildung und Erziehung in den Jahren 1939–1945, in: Manfred Heinemann (Hrsg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich. T. 1: Kindergarten, Schule, Jugend, Berufserziehung, Stuttgart 1980, S. 160–175.

Jahre möglich, solange nämlich, wie das in Europa befindliche Gold ausreicht. Dann bricht auch diese Illusion zusammen, weil dies Europa jene unerläßlichen Voraussetzungen staatlichen Wesens und wirtschaftlichen Lebens nicht erfüllt, sondern verelendet.

Was bisher zur Anbahnung dieses Zustandes angerichtet ist und was nur im Augenblick hinter den militärischen Erfolgen zurücktritt, allmählich aber unerbittlich immer beherrschender in den Vordergrund tritt, ist recht beachtlich: Vernichtung der Intelligenz und des Deutschtums im Baltikum, Vernichtung der Intelligenz in Polen, Bukowina und Bessarabien, Verwirrung und drohende Hungersnot auf dem Balkan, Vernichtung der nationalen Freiheit, beginnende Not, mehr oder minder starke Zerstörungen, die doch mit menschlicher Arbeitskraft wieder beseitigt werden müssen und die man nicht leichtfertig für nichts erachten darf in Finnland, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich; beginnende Zerstörung der Wirtschaft in der Schweiz, beginnende Verelendung und bedrohliche Demoralisierung in Italien; Vernichtung von Millionen von Menschenleben, darunter vieler Frauen und Kinder, Zerstörung des Glückes von Millionen von Familien in allen erwähnten Ländern, Erschütterung der Moral, der Ehrbegriffe, des Rechts, des religiösen und seelischen Friedens, Hinaufschwemmung brutaler Naturen, von Gesinnungslumpen, Unerfahrenen und Unwissenden in die Führung.⁸ Daß dabei auf der deutschen Seite seit Jahren die besten verschwinden, darf in der Tragweite nicht unterschätzt werden, nachdem wir schon im Weltkriege die ehrenhaftesten und tapfersten Männer verloren haben. Wenn man also die Aufgabe dahin stellen würde, den Bolschewismus unter Narkose zu verbreiten, dann müßte sie ungefähr in Anlehnung an die Entwicklung dieser Passivseite gelöst werden.

Aber sie ist damit nicht erschöpft. Daß Kanada sich den USA anschließen würde, scheint, so obenhin gedacht, erträglich; aber damit würde das deutsche Element in Nordamerika in eine hoffnungslose Stellung hineingedrückt werden. Reizvoller für den Rassepolitiker und die Stellung der weißen Rasse wäre schon, daß Australien, Neuseeland und Niederländisch-Indien an Japan fallen würden, selbst wenn die Japaner im Augenblick etwas anderes versichern sollten; daß Indien der inneren Auflösung verfallen würde und somit endlich einmal 500 Jahre europäischer Leistung – allerdings vor 1933 gelegen – ausgelöscht würden. Oder winkt da nicht gar die Eroberung Indiens, der Traum aller Tyrannen, die bisher Europa mit ihren Gott sei dank kurzfristigen Verwirrungen beglückt haben?

⁸ Vgl. zusammenfassend zu der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die nationalsozialistische Besatzungspolitik Umbreit, Kontinentalherrschaft, S. 121–135; 210–233. Zu den einzelnen besetzten Staaten vgl. die Aufsatzsammlung von Gerhard Otto, Johannes Houwink ten Cate (Hrsg.), Das organisierte Chaos. »Ämterdarwinismus« und »Gesinnungsethik«: Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft, Berlin 1999.

So das ungefähre Bild im Optimum militärischer Erfolge! Wie aber, wenn eine der auf Seite 3 gemachten Unterstellungen nicht eintritt? Es sei der Gedankenarbeit überlassen, die Folgen für jede Kombination klarzustellen. Sie sind unerbittlich und führen nur den unausbleiblichen Zusammenbruch noch schneller herbei. Berauschend wäre z. B. die Möglichkeit, daß der Bolschewismus am Mittelmeer erscheint, während der europäische Kontinent hungert.

Daß der Zusammenbruch nicht Volk und Vaterland in seinen Strudel hineinzieht, ist die vor uns stehende Aufgabe. Sie ist in erster Linie eine moralische, weil es ohne Moral vielleicht für andere, nicht aber für Deutsche ein lebenswertes, glückliches Dasein oder staatlichen Bestand geben kann. Darum allein handelt es sich zunächst, die schwer erschütterte und allmählicher Auflösung entgegengehende Moral wieder herzustellen. Sie beruht auf der Achtung vor den Geboten Gottes. Er hat unserem Gewissen klare Befehle anvertraut. Machen wir dem verderblichen und ins Verderben führenden Zustand ein Ende, daß Unerfahrenheit, Wahnsinn und Verbrechen das Volk um sein Bestes, nämlich seine Seele, betrügen. Das Volk kann gegen diesen Betrug nichts tun, solange jene finsternen Kräfte unter dem Schutze der Waffen es gewaltsam von den wahren Tatsachen und damit von richtiger Erkenntnis der Gefahr fernhalten. Die Aufgabe ist unaufschiebbar gegenüber den Soldaten, die ihr Leben für ihr Vaterland aufs Spiel setzen und gesetzt haben und die nicht der seelischen Verelendung in der Heimat überlassen werden dürfen.

»Ich halte es für wichtig, die Fesseln zu zerbrechen, durch welche die Bürokratie den Aufschwung der menschlichen Tätigkeit hemmt, jenen Geist der Habsucht, des schmutzigen Vorteils, jene Anhänglichkeit ans Mechanische zu zerstören, die diese Regierungsform beherrschen. Man muß die Nation daran gewöhnen, ihre eigenen Kräfte und Geschäfte zu verwalten und aus jenem Zustand der Kindheit herauszutreten, in dem eine immer unruhigere Regierung die Menschen halten will.« (Brief des Freiherrn vom Stein vom 8.12.1807 an Hardenberg.)⁹

»Für den Redlichen ist kein Heil als in der Überzeugung, daß der Ruchlose zu allem Bösen fähig ist, und daß man nach dieser Überzeugung mit Schnelligkeit, Entschlossenheit und Beharrlichkeit handelt. Zutrauen auf den Mann zu haben, von dem man mit so vieler Wahrheit sagte, er habe die Hölle im Herzen, das Chaos im Kopf, ist mehr als Verblendung, ist hoher Grad von Torheit. Leider ist die Leichtgläubigkeit der Schwachen so unerschöpflich wie der Erfindungsgeist des Bösen; ohne diesem zu trauen, lassen sich jene immer mit Hoffnungen hinhalten ...

⁹ Das Zitat stammt aus dem Anschreiben, mit dem Stein die Nassauer Denkschrift an Hardenberg übersandte. In dem Kontext bildet das Zitat ein Plädoyer für Selbstverwaltungsprinzipien. Vgl. den Abdruck im französischen Original: Freiherr vom Stein. Briefe und Amtliche Schriften, neu hrsg. v. Walther Hubatsch, neu bearb. v. Peter G. Thielen, Bd. 2, T. 2: Das Reformministerium (1807–1808), Stuttgart 1960, S. 561 f.

Ist also in jedem Falle nichts wie Unglück und Leiden zu erwarten, so ergreife man doch lieber einen Entschluß, der ehrenvoll und edel ist und eine Entschädigung und Trostgründe anbietet im Falle eines üblen Erfolges.« (Denkschrift des Freiherrn vom Stein vom 12. Oktober 1808.)¹⁰

¹⁰ Das Zitat stammt aus einer Denkschrift Steins, in der er gegen die Ratifizierung des Pariser Vertrags argumentiert; der Vertrag erreichte ein Junktim zwischen der Räumung besetzter preußischer Gebiete und preußischen Tributzahlungen. In dem Zitat verweist Stein auf die mangelnde Vertragstreue Napoleons und plädiert für einen Aufstand Preußens gegen die französische Herrschaft; vgl. den Abdruck ebd., S. 889–891.

Impressum

Mai 2008
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin

Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0
Fax: +49 (0)30 25 42 31-16

info@dgap.org
www.dgap.org

Fotos
S. 3, 5, 7, 8, 13, 14, 15 oben, 19: Robert Thiele
S. 11 oben: Axel Nickolaus
S. 11 unten: DGAP
S. 15 unten, 25: Archiv der Robert Bosch GmbH

Satz
Tilmann Chladek

Belichtung und Druck
Messdruck Leipzig

